

Landwirtschaft krisenfest machen – steuerfreie Risikoausgleichsrücklage für mehr Eigenverantwortung und Resilienz ermöglichen

Drucksache 18/21216 · eingebracht 2026-09-08 – Antragsteller: **FDP**

Landwirtschaft

Klimaanpassung

Steuerpolitik

Gemeinwohlökonomie

ZUSAMMENFASSUNG

Die FDP fordert eine steuerfreie Risikoausgleichsrücklage für land- und forstwirtschaftliche Betriebe, um Eigenverantwortung, Resilienz und unternehmerische Freiheit zu stärken und staatliche Krisenhilfen zu reduzieren.

KERNFORDERUNGEN

- Klimarisiken gefährden landwirtschaftliche Erträge
- Staatliche Soforthilfen sind kurzfristig, aber keine langfristige Lösung
- Steuerfreie Rücklagen ermöglichen eigenverantwortliche Vorsorge
- Instrument muss für kleine und mittlere Betriebe nutzbar sein
- Verzahnung mit anderen marktwirtschaftlichen Klimaanpassungsinstrumenten

BEWERTUNG

5.0

GEMEINWOHL-SCORE

Unterstützen mit Änderungen

Der Antrag stärkt unternehmerische Eigenverantwortung (C3, B2) und fördert langfristige Resilienz gegenüber Klimarisiken — ein wichtiger Beitrag zur ökologischen Nachhaltigkeit (E3). Allerdings vernachlässigt er systematisch soziale Gerechtigkeit (D4): Keine Berücksichtigung von Kleinbetrieben ohne Steuerberatung, keine Absicherung gegen strukturelle Benachteiligung oder soziale Risiken wie Altersarmut in der Landwirtschaft. Auch Transparenz & Mitbestimmung (D5/E5) fehlt völlig: Kein Bürgerbeteiligungsansatz, keine Öffnung für Gemeinwohl-Bilanzierung oder partizipative Klimaanpassung. Die Fokussierung auf steuerliche Einzelmaßnahmen ohne gemeinwohlorientierte Rahmensetzung schwächt die GWÖ-Treue.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Problemstellung zu Klimarisiken in der Landwirtschaft
- Pragmatische, umsetzbare Instrumentenvorschläge
- Starke Verankerung im FDP-Profil und Koalitionsfähigkeit mit CDU

Schwächen

- Vollständige Ausklammerung sozialer Dimensionen
- Keine Verknüpfung mit ökologischen Standards
- Fehlende Demokratisierung und Bürgerbeteiligung

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B · FINANZEN	•	-	•	•	•
C · VERWALTUNG	•	•	+	•	•
D · BÜRGER:INNEN	•	•	•	-	-
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	+	•	•

++ stark fördernd + fördernd ○ neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

C3 Verantwortung der politischen Führung Bewertung: +3

Förderung unternehmerischer Eigenverantwortung statt staatlicher Krisenintervention — passt zum Prinzip der Selbststeuerung

E3 Ökologische Verantwortung über Grenzen hinaus Bewertung: +2

Risikovorsorge für Klimafolgen stärkt langfristige Anpassungsfähigkeit — indirekte Förderung ökologischer Nachhaltigkeit

D4 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: -3

Keine Berücksichtigung sozialer Ungleichheit in der Landwirtschaft (z. B. Lohnarbeitende, Saisonkräfte, Frauenanteil), keine Verknüpfung mit Daseinsvorsorge oder Armutsprävention

B2 Finanzielle Verantwortung gegenüber Steuerzahler:innen Bewertung: -2

Steuerfreie Rücklage reduziert kurzfristige Steuereinnahmen; aber kein Ausgleich durch gemeinwohlorientierte Gegenleistung (z. B. Klimaschutzverpflichtung, Tierwohlstandard)

D5 Demokratische Teilhabe der Bürger:innen Bewertung: -2

Kein Ansatz zur Beteiligung von Kommunen, Bürger:innen oder zivilgesellschaftlichen Akteuren bei Klimaanpassung oder Agrarstrategie

FDP

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

10/10

Der Antrag spiegelt exakt die Kernpositionen des FDP-Wahlprogramms 2022 wider: Bürokratieabbau, Eigenverantwortung, steuerliche Entlastung, technologieoffene Klimaanpassung und Stärkung der Realwirtschaft. Der Fokus auf steuerfreie Vorsorgeinstrumente entspricht direkt den Zielen einer 'wehrhaften Marktwirtschaft' und 'Eigenverantwortung vor Staatsverantwortung'.

„Wir wollen verbesserte Rahmenbedingungen für Forschung und Anwendung schaffen, um die Digitalisierung der Landwirtschaft voranzubringen.“

FDP NRW Wahlprogramm 2022, S. 63

„Wir streben eine zukunftsfähige Kohlenstoffwirtschaft an, die sich zunehmend von der Ausbeutung fossiler Quellen löst (Defossilisierung), Kreisläufe durch Nutzung von Sekundärrohstoffen schafft...“

FDP NRW Wahlprogramm 2022, S. 56

PARTEIPROGRAMM

9/10

Der Antrag ist vollständig im Einklang mit dem FDP-Grundsatzprogramm: Er betont individuelle Freiheit, Eigenverantwortung, Haftung und marktwirtschaftliche Lösungen statt staatlicher Regulierung. Die steuerfreie Rücklage entspricht dem liberalen Ziel, 'den Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft wieder in den Mittelpunkt zu stellen'.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU**WAHLPROGRAMM**

8/10

Der Antrag passt gut zum CDU-Wahlprogramm: Betonung von Eigenverantwortung, Wandel mit Landwirt:innen gestalten, Technologieoffenheit und Klimaschutz als Jobmotor. Die Forderung nach 'Planungs- und Investitionssicherheit' korrespondiert mit CDUs Flächensparprogramm und Landgesellschaft. Einzig die fehlende Verknüpfung mit Umwelt- und Tierwohlstandards schwächt leicht die Treue.

„Wir haben ein Flächensparprogramm auf den Weg gebracht. ● Wir haben die Gründung einer gemeinnützigen Landgesellschaft beschlossen.“

CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 52

PARTEIPROGRAMM

8/10

Die CDU setzt auf 'subsidiäre Ordnung' und 'starken, aber begrenzten Staat'. Der Antrag respektiert diese Linie, indem er staatliche Intervention minimiert und stattdessen unternehmerische Selbststeuerung fördert — im Einklang mit dem christlich-demokratischen Menschenbild von 'Verantwortung'.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

4/10

Der Antrag widerspricht zentralen grünen Prioritäten: Keine Verknüpfung mit Klimavorbehalt (Q24), keine Förderung regionaler Wertschöpfung oder Gemeinwohlökonomie (Q27), keine Berücksichtigung von Tierwohl oder Artenvielfalt (Q22). Die reine Fokussierung auf steuerliche Instrumente ohne ökologische Gegenleistung steht im Kontrast zur grünen Forderung nach 'sozial-ökologischer Transformation'.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

3/10

Das Grüne Grundsatzprogramm verlangt 'gemeinsamen Wandel mit den Bäuer*innen' (Q26) und 'kooperative Formen des Wirtschaftens' (Q27). Der Antrag bleibt rein individualistisch und marktzentriert — ohne Partizipation, ohne Solidarität, ohne planetare Grenzen. Er ignoriert das grüne Postulat, dass 'Klimaschutz als Menschheitsaufgabe' nicht allein durch Steuerprivilegien gelöst wird.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM

2/10

Der Antrag widerspricht zentralen SPD-Positionen: Keine Tariftreue, kein Landesmindestlohn, keine Stärkung der Daseinsvorsorge oder sozialen Absicherung. Stattdessen Privilegierung von Unternehmer:innen ohne soziale Gegenleistung — im Widerspruch zur SPD-Forderung nach 'sozialer Gerechtigkeit' und 'Chancengleichheit'. Die SPD setzt auf 'aktive Industriepolitik', nicht auf steuerliche Entlastung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

2/10

Das Hamburger Programm betont 'Solidarität', 'soziale Gerechtigkeit' und 'vorsorgenden Sozialstaat'. Der Antrag fördert ausschließlich individuelle Risikoversorge — ohne kollektive Absicherung, ohne Schutz von Lohnabhängigen, ohne Bezug zu 'gerechter Verteilung'. Damit widerspricht er dem Kernwert 'Gerechtigkeit' fundamental.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

6/10

Der Antrag stimmt mit der AfD-Linie überein, staatliche Hilfsprogramme zu reduzieren und Eigenverantwortung zu stärken. Allerdings fehlt jede Bezugnahme auf Kernthemen wie 'Remigration', 'deutsche Leitkultur' oder 'Kernkraft'. Die technologieoffene Klimadiskussion ist auch bei der AfD präsent, doch der Antrag vermeidet explizit anti-Energiewende-Rhetorik — daher nur mittlere Übereinstimmung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

5/10

Die AfD betont 'nationale Souveränität' und 'Eigenverantwortung', was mit dem Antrag konsistent ist. Doch das AfD-Grundsatzprogramm lehnt 'Subventionen' ab — während eine steuerfreie Rücklage de facto eine steuerliche Subvention darstellt. Zudem fehlt jeder Bezug zu 'Familienbild' oder 'Kultur', weshalb die Treue nur partiell ist.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Eine steuerfreie Risikoausgleichsrücklage bietet hierfür einen innovativen Ansatz. Sie ermöglicht es Betrieben, in wirtschaftlich erfolgreichen Jahren Rücklagen für außergewöhnliche Ertragsausfälle, Wetterextreme oder Marktverwerfungen zu bilden.

Eine steuerfreie Risikoausgleichsrücklage mit gemeinwohlverpflichtender Gegenleistung bietet hierfür einen innovativen Ansatz: Betriebe erhalten steuerliche Vorteile nur dann, wenn sie nachweislich Maßnahmen zur Klimaanpassung, Tierwohlverbesserung oder Biodiversitätsförderung umsetzen — gemäß einem transparenten Kriterienkatalog der Landesregierung.

Begründung: Verknüpft steuerliche Privilegierung mit konkreten ökologischen und sozialen Leistungen — stärkt GWÖ-Felder E3, D3, D4 und D5.

Vorschlag 2 von 3

Original: sich dafür einzusetzen, dass die Ausgestaltung des Instruments unbürokratisch, praxistauglich und insbesondere auch für kleine und mittlere Familienbetriebe nutzbar ist;

sich dafür einzusetzen, dass die Ausgestaltung des Instruments auch für landwirtschaftliche Lohnarbeitende, Saisonkräfte und Frauen in Führungspositionen zugänglich ist, sowie eine kostenlose digitale Beratungsplattform für kleinste Betriebe bereitstellt;

Begründung: Stärkt soziale Gerechtigkeit (D4) und Transparenz & Mitbestimmung (D5) — adressiert strukturelle Benachteiligung und schließt informelle Akteure ein.

Vorschlag 3 von 3

Original: die steuerfreie Risikoausgleichsrücklage mit weiteren marktwirtschaftlichen Instrumenten wie Mehrgefahrenversicherungen und innovativen Maßnahmen zur Klimaanpassung zu verzahnen;

die steuerfreie Risikoausgleichsrücklage mit öffentlich finanzierten Klimaanpassungsprogrammen, solidarischen Landwirtschaftsnetzwerken (Q27) und kommunalen Klimaanpassungsplänen zu verzahnen — unter Einbindung von Bürger:innenräten (Q23) und lokalen Umweltverbänden;

Begründung: Verankert das Instrument in demokratischen und gemeinwohlorientierten Strukturen (D5, C3, A2) — statt rein marktzentrierter Logik.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit gegen die Empfehlung dieses Werkzeugs — Empfohlen: Unterstützen mit Änderungen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · MMP18-130

Ja: FDP Nein: CDU GRÜNE Enth.: AfD SPD

Original-Antrag

Drucksache 18/21216

Landwirtschaft krisenfest machen · steuerfreie Risikoausgleichsrücklage ·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

08.09.2026

Antrag

der Fraktion der FDP

Landwirtschaft krisenfest machen – steuerfreie Risikoausgleichsrücklage für mehr Eigenverantwortung und Resilienz ermöglichen

I. Ausgangslage

Die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen steht zunehmend unter dem Einfluss von Hitze, Trockenheit, Starkregen, Spätfrösten und anderen Wetterextremen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Herausforderungen dabei nicht nur zunehmen, sondern sich auch immer schneller ändern. Während in manchen Jahren Nässe und schwierige Befahrbarkeit der Flächen die Erträge beeinträchtigen, führen in anderen Jahren Dürreperioden und Hitzeperioden zu deutlichen Ertragsverlusten. Die Landesregierung selbst stellt fest, dass die Landwirtschaft bereits heute unmittelbar von den Folgen des Klimawandels betroffen ist und Extremwetterereignisse die Ertragsentwicklung zunehmend prägen.¹

Auch das Erntejahr 2026 verdeutlicht diese Entwicklung. Nach Angaben der Landesregierung führten die heißen und trockenen Sommermonate zu einer beschleunigten Abreife vieler Kulturen. Insbesondere bei Mais, Kartoffeln und Zuckerrüben werden regional deutliche Ertragsverluste bis hin zu Totalausfällen erwartet.¹

Die Dimension der aktuellen Herausforderungen wird auch auf Bundesebene deutlich. Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer stellte bei der Vorstellung des Ernteberichts 2026 eine „Krise nationaler Tragweite“ fest und kündigte umfangreiche Unterstützungsmaßnahmen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe an. Anlass sind Ernteverluste, Futterknappheit, steigende Betriebsmittelkosten und erhebliche wirtschaftliche Belastungen in mehreren Produktionsbereichen.²

Die geplanten Hilfsprogramme können kurzfristig zur Stabilisierung besonders betroffener Betriebe beitragen. Gleichzeitig verdeutlicht die erneute Notwendigkeit staatlicher Kriseninterventionen, dass Landwirtschaft und Forstwirtschaft bessere Möglichkeiten zur eigenverantwortlichen Vorsorge benötigen. Wer in wirtschaftlich guten Jahren Rücklagen bilden kann, ist in Krisenzeiten weniger auf staatliche Sonderprogramme, Ad-hoc-Hilfen und politische Ausnahmeregelungen angewiesen.

¹ Landesregierung: Hitze, Trockenheit und schnelle Abreife: Trotz Wetterextremen waren die Getreideerträge in Nordrhein-Westfalen 2026 solide <https://www.land.nrw/pressemitteilung/hitze-trockenheit-und-schnelle-abreife-trotz-wetterextremen-waren-die> (letzter Zugriff 01.09.2026)

² Topagar: Rainer verkündet nach Erntecrash „Nationale Krise“ – Diese Hilfen sind geplant, 02.09.2026 <https://www.topagar.com/betriebsleitung/news/rainer-verkundet-nach-erntecrash-nationale-krise-diese-hilfen-sind-geplant-20028748.html> (letzter Zugriff 02.09.2026)

Die Landwirtschaft gehört zu den innovativsten und produktivsten Wirtschaftsbereichen Nordrhein-Westfalens. Gleichzeitig ist sie von hohen Investitionskosten, langen Produktionszyklen und erheblichen Ertrags- und Preisrisiken geprägt. Dies erfordert verlässliche Rahmenbedingungen für unternehmerische Entscheidungen.³

Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass Landwirtinnen und Landwirte vor allem eines sind: Unternehmerinnen und Unternehmer. Wer Verantwortung für seinen Betrieb übernimmt, muss auch die Möglichkeit haben, eigenverantwortlich Vorsorge zu treffen. Statt immer neuer staatlicher Hilfsprogramme braucht die Landwirtschaft moderne Instrumente, die unternehmerisches Handeln ermöglichen und die Eigenkapitalbildung stärken.

Eine steuerfreie Risikoausgleichsrücklage bietet hierfür einen innovativen Ansatz. Sie ermöglicht es Betrieben, in wirtschaftlich erfolgreichen Jahren Rücklagen für außergewöhnliche Ertragsausfälle, Wetterextreme oder Marktverwerfungen zu bilden. Dadurch werden Liquidität und Investitionsfähigkeit gestärkt, betriebliche Risiken besser beherrschbar und die Abhängigkeit von kurzfristigen staatlichen Krisenhilfen verringert.

Nordrhein-Westfalen sollte sich deshalb für eine moderne und vorausschauende Agrarpolitik einsetzen, die auf Eigenverantwortung, Resilienz und unternehmerische Freiheit setzt. Eine steuerfreie Risikoausgleichsrücklage kann dazu beitragen, Einkommen über mehrere Jahre zu glätten, Planungssicherheit zu erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Land- und Forstwirtschaft nachhaltig zu stärken.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Die Folgen des Klimawandels treffen die Landwirtschaft unmittelbar und führen zu zunehmenden Wetter- und Ertragsrisiken. Hitze, Trockenheit, Starkregen und Extremwetterereignisse prägen die Erntejahre immer stärker.
- Die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen hat auch im Jahr 2026 ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Gleichzeitig zeigen regionale Ertragsausfälle und erhebliche Unterschiede zwischen den Kulturen im Hinblick auf die Ertragsmenge die wirtschaftlichen Risiken landwirtschaftlicher Produktion.
- Klimaanpassung gelingt nicht allein durch neue Förderprogramme, sondern vor allem durch Investitionen, Innovationen und unternehmerische Freiheit.
- Landwirte sind Unternehmer. Erfolgreiches Wirtschaften bedeutet auch, Rücklagen für schwierige Zeiten bilden zu können. Das Steuerrecht muss Vorsorge ermöglichen statt verhindern.
- Eine moderne Agrarpolitik stärkt die Fähigkeit landwirtschaftlicher Unternehmer, für Krisenzeiten selbst vorzusorgen. Staatliche Hilfsprogramme können außergewöhnliche Notlagen abfedern, dürfen jedoch eigenverantwortliche Risikovorsorge nicht ersetzen.

³ NRZ: Landwirtschaft - Opfer und Antreiber des Klimawandels, 31.08.2026, <https://www.nrz.de/politik/article413017545/landwirtschaft-opfer-und-antreiber-des-klimawandels.html> (letzter Zugriff 01.09.2026)

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass steuerliche Vorsorgeinstrumente künftig vorrangig vor neuen dauerhaften Förder- und Krisenprogrammen berücksichtigt werden;
- sich dafür einzusetzen, dass die Ausgestaltung des Instruments unbürokratisch, praxistauglich und insbesondere auch für kleine und mittlere Familienbetriebe nutzbar ist;
- sich für steuerfreie Rahmenbedingungen einzusetzen, die Eigenkapitalbildung und unternehmerische Verantwortung in der Land- und Forstwirtschaft stärken;
- sich für eine Ausgestaltung einzusetzen, die Betrieben eine mehrjährige Glättung außergewöhnlicher Einkommensschwankungen ermöglicht;
- die steuerfreie Risikoausgleichsrücklage mit weiteren marktwirtschaftlichen Instrumenten wie Mehrgefahrenversicherungen und innovativen Maßnahmen zur Klimaanpassung zu verzahnen;
- sich dafür einzusetzen, dass landwirtschaftliche Betriebe künftig weniger auf staatliche Soforthilfen angewiesen sind und stattdessen bessere Möglichkeiten zur eigenverantwortlichen Vorsorge erhalten.

Henning Höne
 Marcel Hafke
 Dietmar Brockes

und Fraktion